

Unter anderem in dieser Ausgabe:

LANDTAGSWAHL 2019: DREI KANDIDIEREN ERNEUT s. 3

ÖPNV-OPEN-AIR: DISKUSSION UNTER FREIEM HIMMEL s. 8

KOMMUNALWAHL: WAHLSTAB UND AUSSCHREIBUNG s. 9

AUS DEM SOMMER: FESTE IM WESTEN UND NORDEN s. 10

Veranstaltungstipp

2. Tagung 6. Stadtparteitag

Am 17. November 2018 tagt der Stadtparteitag. Es wird der erste Entwurf des Kommunalwahlprogrammes vorgestellt und es werden Delegierte für den Landesparteitag gewählt.

Mehr Infos: S. 11

Mitteilungsblatt

Ausgabe 10/2018

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Die roten Matrosen auf der Demonstration zur Großkundgebung am 10.11.1918 in Wilhelmshaven

Bild: Bundesarchiv, Bild 183-18483-0001 / CC-BY-SA 3.0

Revolution ist möglich!

Volker Külow 100 Jahre Novemberrevolution

Das Jahr 2018 beschert uns den 100. Jahrestag eines schrecklichen, hinausgezögerten und für die herrschende Klasse des Deutschen Reiches blamablen Kriegsendes und die 100. Wiederkehr einer Revolution, die eine Republik ermöglichte, die schon die Zeitgenossen und auch uns Nachgeborenen vor schwierige Fragen stellte und stellt. „Deutschland krankt an der verratenen Revolution noch heute.“ Mit diesem markanten Satz beendete der große konservative Publizist Sebastian Haffner im Jahr 1969 sein grandioses Buch „Die verratenen Revolution – Deutschland 1918/19“. Dieses Werk ist auch 50 Jahre später noch die spannendste Lektüre zur Novemberrevolution, wengleich der Forschungsstand seitdem wesentlich erweitert wurde. Aber noch immer gelten Haffners tiefe Einsichten in das damalige historische Geschehen, und kein Autor hat sprachmächtiger das eklatante Versagen der deutschen Sozialdemokratie charakterisiert: „Die deutsche Revolution von 1918 war eine sozialdemokratische Revolution, die von den sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde: ein Vorgang, der in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen hat.“

Ohne den imperialistischen Ersten Weltkrieg, der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts, sind die folgenden Ereignisse nicht denkbar. Es war von Beginn an ein Krieg, der mit der

Möglichkeit einer Revolution schwanger ging. Die deutsche Revolution war Teil einer revolutionären Krise mit globalen Dimensionen, die von den russischen Revolutionen 1917 ausgelöst wurde und bis 1923 dauern sollte. Waren es zunächst nur wenige linke Sozialdemokraten um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Franz Mehring sowie radikale Gewerkschafter und Revolutionäre Obleute, die gegen die Burgfriedenspolitik der SPD-Spitze ankämpften, bildete sich 1917 mit der USPD eine einflussreiche Kraft innerhalb der Arbeiterbewegung gegen den Krieg heraus. Die Ereignisse 1918 – angefangen vom Januarstreik der Munitionsarbeiter bis zum Aufstand der Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel – waren Bestandteil einer europaweiten Kriegsmüdigkeit und dem Bestreben, mit den für den Krieg Verantwortlichen in Regierung, Adel und Großbourgeoisie abzurechnen.

Das deutsche Kaiserreich brach im Herbst wie ein Kartenhaus zusammen. Die Arbeiter- und Soldatenräte waren die Kraft der Stunde, allerdings formierte sich zeitgleich die Konterrevolution in Gestalt des Ebert-Groener-Paktes, d. h. das Bündnis des SPD-Reichskanzlers bzw. Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten Friedrich Ebert mit Generalleutnant Wilhelm Groener als Generalquartiermeister für die Oberste Heeresleitung. Diese Zusammenarbeit sollte im Reich „Ruhe

und Ordnung“ gewährleisten, was nach dem Ende der Januarkämpfe und der durch den Reichswehrminister Noske telefonisch gebilligten und von Waldemar Pabst ausgeführten Ermordung von Liebknecht und Luxemburg am 15. Januar 1919 gelang. In diesen Tagen begann seitens der Herrschenden und mit

Achtung: Neue Regeln zum Einreichen von Artikeln!

Zur Einreichung von Artikeln und Terminen sind künftig zwingend **Vorlagendokumente** zu nutzen, die sich auf der Website des Stadtverbandes (Rubrik Mitteilungsblatt) finden.

Bilddateien sind ferner nach einem festen Schema zu benennen.

Künftig wird der **Redaktionsschluss** zudem strenger gehandhabt und Artikel nach Redaktionsschluss werden dem Grundsatz nach nicht mehr abgedruckt. Die Erarbeitung des Mitteilungsblattes erfolgt ehrenamtlich und für jede Ausgabe verwenden einzelne Personen mehrere Stunden jeden Monat. Um diese Arbeit künftig effizienter zu gestalten, sind die Änderungen notwendig.

📞 Mehr Infos: www.dielinke-leipzig.de



Sprechstunden & Sozialberatung

DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine DIE LINKE. Leipzig bietet neben zahlreichen Kontaktmöglichkeiten auch Beratungsangebote vor Ort an. Diese sind für alle Interessierten offen und kostenfrei.

Sprechstunden:

- Do. 18. Oktober 2018, 16:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32 Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Dr. Ilse Lauter
- Di. 23. Oktober 2018, 16:00 Uhr, Neues Rathaus, Zimmer 184 Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Franziska Riekewald
- Mo. 12. November 2018, 16:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 18 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- jeden Mi. 9:00 bis 14:00 Uhr, Bürger*innenbüro Nordstern, Georg-Schumann-Straße 171-175 Sozialberatung mit Erwerbsloseninitiative
- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Mi. 13:00 bis 16:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 18 Sozialberatung mit Erwerbsloseninitiative
- jeden Do. 12:00 bis 15:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstr. 34, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden 1. & 3. Do. 14:00 bis 18:00 Uhr, Wahlkreis-Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Sozialberatung mit Steffen Klötzer
- jeden Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15 Vereinsberatung (Alles rund um Buchhaltung & Projektabrechnung für gemeinnützige Vereine & Initiativen), Anmelden: prinzeessin@linxx.net

Im Stadtrat:

Fraktionssitzungen der LINKEN und die Ratsversammlung sind für Interessierte öffentlich.

- Fraktionssitzung: 17. Oktober und 1. November, 17:00 Uhr Raum 259, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 24. Oktober, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

Fortsetzung von Seite 1

direkter Unterstützung von Teilen der SPD die mörderische präfaschistische Gewalt, die nicht nur Teil des Gründungsaktes der Weimarer Republik war, sondern die Geschichte Deutschlands ab 1933 nachhaltig prägen sollte. Spätestens mit der offenen faschistischen Diktatur wurde die Novemberrevolution endgültig vernichtet.

Schaut man auf die deutsche Linke in der Novemberrevolution und die Folgezeit wird deutlich, wie uneins und zerstritten sie war. Die Spaltung der Arbeiterbewegung war neben dem exzessiven Ausmaß der konterrevolutionären Gewalt die Hauptursache für das Scheitern der Revolution. Gewiss war die Gründung der KPD um die Jahreswende 1918/19 ein großer Erfolg und eine folgenreiche Zäsur in der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. In der Erklärung der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE zum 100. Jahrestag der Gründung der KPD heißt es aber zutreffend: „Die junge Partei, die gerade erst begonnen hatte, sich über ihre Programmatik zu verständigen und eine eigene Organisation zu schaffen, war nicht in der Lage, nachhaltigen Einfluss auf die Weiterführung der Novemberrevolution und die Kämpfe zu ihrer Verteidigung zu nehmen.“

„Der Kampf um die Alternative Sozialismus oder Barbarei ist heute noch aktuell und bildet ein wichtiges Vermächtnis der Ereignisse vor 100 Jahren. Das Jahr 1918 zeigt: Revolution war und ist möglich!“

Der Kampf um die Alternative Sozialismus oder Barbarei ist heute noch aktuell und bildet ein wichtiges Vermächtnis der Ereignisse vor 100 Jahren. Das Jahr 1918 zeigt: Revolution war und ist möglich!

Veranstaltungen

100 Jahre roter November – eine deutsche Revolution

Diskussion u.a. mit Marco Götzke und Dr. Volker Külöw; ab 18 Uhr Revolutionsparty

Sa. 10. November, 16:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Die Liebknechts

Im Gespräch mit Maja und Marianne Liebknecht, den beiden Enkeltöchtern von Karl Liebknecht

Sa. 1. Dezember, 15:00 Uhr, Liebknecht-Haus



Bild: Claudia Maas

Volksantrag gestartet

Cornelia Falken Längeres gemeinsames Lernen soll eingeführt werden

Endlich geht es los. Der Volksantrag ist am 29.09.2018 gestartet. Nach dem Vorbild des Nachbarlandes Thüringen sollen Schulen in Form des sogenannten Optionsmodells künftig selbst darüber entscheiden dürfen, ob sie eine Gemeinschaftsschule gründen. Die Schülerinnen und Schüler lernen dort auch nach der vierten Klasse gemeinsam, die frühe Trennung entfällt. Das

reduziert den Stress für die Eltern und die Belastung der Schülerinnen und Schüler. Die Gemeinschaftsschule setzt auf kooperative Lernformen. Am Ende sind alle Abschlüsse möglich. Als ersten Schritt benötigen wir 40.000 Unterschriften. Ab sofort liegen die Unterschriftenlisten in der Braustraße und unseren LINKEN Wahlkreisbüros zum Abholen bereit. Sammelt mit!



Präsent im Kiez, Ernst in der Sache

Marco Böhme Schleußig - Plagwitz - Lindenau, das heißt: Dynamisch, jung und kreativ. Das ist der Leipziger Westen in dem ich mich seit 2008 politisch engagiere. Seit 2015 auch mit dem Projekte- und Abgeordnetenbüro „IN-TERIM by linXXnet“ am Lindenauer Markt, was nicht nur das Wohnzimmer zahlreicher politischer Gruppen und Initiativen, sondern auch zum Anlaufpunkt der örtlichen Bevölkerung geworden ist. Denn im Büro ist immer jemand da, und auch bis spät Abends brennt das Licht. Am Tag kann man kostenlos kopieren, ins Internet gehen, PC-Arbeitsplätze nutzen sowie natürlich die Räume für Veranstaltungen und Plenas autonom besetzen. Das alles ist keine Selbstverständlichkeit, aber eben das Konzept von einem offenen Büro, was ich mit trage.

Doch nicht nur an einem festen Ort ist die LINKE durch das Büro präsent – wir tragen auch die Partei nach draußen. Nicht nur mit regelmäßigen Veranstaltungen z. B. auf dem Lindenauer Markt, den zahlreichen „Sommerfesten“ oder Plakatkampagnen außerhalb der Wahlkampfzeit im gesamten Kiez, sondern auch durch Bürgersprechstunden mit dem Sofa und Lastenrad am Straßenrand.

Mir ist der Wahlkreis wichtig, ich besuche die Menschen vor Ort. Vom Bienitz bis zum Adler toure ich monatlich zu Projekten und Initiativen und versuche zu vermitteln, Infos und Tipps zu geben oder schlicht auch was zu spenden. Vieles davon kann ich unmittelbar für meine parlamentarische Arbeit nutzen – und genau das möchte ich auch in einer zweiten Legislatur gemeinsam mit euch im Leipziger Westen tun.

Den Leipziger Süden als Sinnbild für ein anderes Sachsen verteidigen!

Jule Nagel Heidenau, Freital, Meißen, Clausnitz, Bautzen, Chemnitz – die Liste der sächsischen Orte, in denen es in den letzten Monaten und Jahren pogromartige Eskalationen gegen Geflüchtete gab, ist lang. Die feindliche Stimmung, die Gewalt und der Hass, der in dieser Zeit ausgebrochen ist, sind erschreckend. Wo die AfD Anheizerin ist, gibt sich die regierende CDU mindestens relativierend. Es wiederholt sich das immer selbe Spiel: auf rassistische Ausbrüche fordert die CDU eine härtere Gangart gegen Geflüchtete.

Viele verlieren angesichts dessen und mit Blick auf die im nächsten Jahr anstehenden Wahlen den Mut. Angst vor dem rechten Durchmarsch macht sich breit. Wir müssen Mut machen und aktiv für ein anderes, für ein humanistisches, soziales und demokratisches Land streiten.

Ich habe als neu gewähltes Mitglied der Linksfraktion im Sächsischen Landtag u. a. das Thema Migration und Flucht übernommen. Das war folgerichtig, schließlich war ich auch vorher viele Jahre in antirassistischen und asylpolitischen Initiativen aktiv.

Das Thema Asyl polarisiert seit 2015 und bis heute. Gesellschaftlich, aber auch parlamentarisch. Ich habe in den vergangenen vier Jahren konsequent für das Menschenrecht auf Flucht, für die gleichberechtigte Teilhabe von Migrant*innen, gegen Asylrechtsverschärfungen und für die Anerkennung der großartigen Bewegung für die Unterstützung von Geflüchteten gestritten. Nicht allein mit Gesetzesentwürfen, Anträgen und Anfragen. Ich bin meinem Anspruch treu geblieben, parlamentarisches und gesellschaftliches Engagement eng zu verbinden.

Das einzige Direktmandat, was wir im Leipziger Süden 2014 in Sachsen für DIE LINKE erringen konnten, ist für viele Menschen ein Hoffnungsschimmer für das andere Sachsen. Für die CDU, AfD und Co ist es ein krasses Feindbild. Grund genug, es ein weiteres Mal zu versuchen. Ich möchte mit meinem tollen linXXnet-Kollektiv auch 2019 im Leipziger Süden für die Wahl zum Sächsischen Landtag antreten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Franz Sodann der Wahlkreis Nordost hat seit neuestem Stand über 83000 Einwohner und besteht aus 10 Ortsteilen, die unterschiedlicher nicht sein können. Dabei erfahren Ortsteile wie Volkmarsdorf, Neustadt Neuschönefeld und Schönefeld enormen Zuzug und gelten als die sich am schnellsten Verjüngenden. Das bedeutet ein starkes Wählerpotential. Lagen wir doch bei der Bundestagswahl in allen drei Ortsteilen an erster Stelle mit teils über 30 % der Wählerstimmen.

Seit Januar 2015 haben wir nun unser Wahlkreis Kulturbüro in der Mariannenstraße. Monatlich gibt es bei uns Veranstaltungen, kulturelle und thematische, das reicht von Lesungen, Filmen, Theater, Diskussionen über das bedingungslose Grundeinkommen, den Mietspiegel bis hin zu drogenpolitischen Ansätzen, und wechselnde Ausstellungen gibt es auch noch. Dabei stellen wir nicht nur fest, dass diese stark frequentiert werden, sondern auch jede Menge Nicht-Parteimitglieder ansprechen. Das Büro steht allen offen, und so wird es mittlerweile schwierig für Vereine und Verbände freie Termine zu finden, ob für die hier neu gegründete BO „Wilder Osten“, oder auch für das Vernetzungstreffen OST, das „Streiksolibündnis“, den Fotoworkshop, das Rojavabündnis und und und... Auch haben wir uns in den letzten Jahren im Wahlkreis sehr gut bekannt gemacht, mit den Vereinen und Verbänden, gehen regelmäßig in die offenen Freizeittreffs, reden mit Einrichtungen in Thekla, Wiederitzsch, Mockau, dem Bürgerverein in Plaußig-Portitz und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Es ist uns gelungen, mit den Menschen so ins Gespräch zu kommen, dass man sich gegenseitig versteht. All das möchte ich weiter pflegen und ausbauen, besonders in Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen 2019. Und werde mich wieder für das Direktmandat unserer Partei zu den Landtagswahlen für den Wahlkreis Nordost bewerben. Ein Wahlkreis mit Ecken und Kanten, der mir jedoch an's Herz gewachsen ist.

Das »ZKM« ist wieder da!

Alexander Schmidt Gemeinsam neue Strukturen zur Mitgliederpartizipation schaffen

Nachdem das »ZKM« (Zentrum-Kreis-Mitte) durch die Sommerpause etwas in der Versenke verschwunden ist, starten wir ab November mit der Thematik Digitalisierung und digitaler Transformationen – oder Revolutionen? – wieder richtig durch. Aber was ist das ZKM eigentlich?

Die Gruppe gründete sich im November des Jahres 2017 mit dem Ziel, den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen neuen und gestandenen Mitgliedern zu fördern, um die Etablierung und Ausrichtung einer neuen Basisorganisation innerhalb des Stadtbezirksverbandes Leipzig-Mitte zu forcieren. Als erste Problematik, der sich das ZKM widmete, diente die Konzeption der Mobilitätsszenarien 2030 der Stadt Leipzig. Dabei standen nicht nur die einzelnen Szenarien zur Debatte, sondern es erfolgte eine anschließende Teilnahme am Bürgerworkshop der Fraktion DIE LINKE des Stadtrats. Das zweite Jahr eröffneten wir im Zeichen des »200. Geburtstages von Karl Marx«. So leiteten wir mit einem

kleinen Seminar zur Aktualität des »Manifest der kommunistischen Partei« von Karl Marx und Friedrich Engels das erste Quartal ein. Daraufhin folgten der Themenschwerpunkt »Soziales«, ein Filmabend zur MDR-Dokumentation »Arme Kinder im Osten« sowie ein Besuch der »Leipziger Kinderstiftung«.

Neben den offiziellen Sitzungen zu einem thematischen Schwerpunkt etablierten wir einen »Kneipen- und Filmabend«, um auch abseits der politischen Arbeit den Genossinnen und Genossen einen Raum zum Austausch, in einer entspannten und weniger formalen Atmosphäre zu bieten. So soll der Zusammenhalt der Gruppe durch kontinuierliche Treffen gestärkt werden.

Im nächsten Jahr stehen nach der eröffnenen Thematik der »Digitalisierung« vor allem die Europa- und Kommunalwahlen am 26. Mai als auch die Landtagswahl am 1. September 2019 im Mittelpunkt. So werden wir uns primär themenbezogenen Sitzungen, der Organisation eigener Veranstaltungen sowie

der Unterstützung von Wahlkampfveranstaltungen widmen.

Auch freuen wir uns darauf, den Quartalsplan für das kommende Jahr mit euch gemeinsam zu gestalten und umzusetzen. Wir laden daher recht herzlich Genossinnen und Genossen aller Altersgruppen und Ortsverbände ein. Dabei ist unser Vorhaben, zum weiteren Auf- und Ausbau einer Aktiven-Gruppe mitzuwirken, nicht nur auf Leipzig-Mitte beschränkt. Das nächste Treffen findet bzgl. interner Umstrukturierungen am 19. November 2019 statt.

Zukünftig ereignen sich die Sitzungen regelmäßig am dritten Montag eines Monats – 19 Uhr – im Liebknechthaus in der Braustraße 15. Unsere »Kneipen- und Filmabende« und sonstige Treffen planen wir spontan; zukunftsweisend stehen des Weiteren der Aufbau sowie die Etablierung eines Diskussionsabends in eher legerer Art bevor.

① Regelmäßige Termine: Sitzung des ZKM am 3. Montag, 19:00 Uhr, Liebknechthaus (Dachboden)

Jede Zeit hat ihre Antifa

Klaudia Naceur BdA Leipzig e.V. feiert sein 25-Jähriges

So bitter es ist: Die jüngsten Ereignisse in Sachsen bescheren dem Bund der Antifaschisten Leipzig momentan jede Menge Zulauf. Mitgliedsanträge werden mit dem Zusatz „Es ist Zeit, sich zu engagieren“ abgegeben. „Das Interesse an unserer Arbeit ist gestiegen. Besonders freut es uns natürlich, dass immer mehr junge Leute zu uns finden. Das war nicht immer so“, sagt die langjährige Vorsitzende des Bundes Renate Peinel. Sie hat den BdA im Mai 1993 mit aus der Taufe gehoben. Damals hatte man sich am Westen orientiert, der bereits Anfang der 70-er die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) um den Bund der Antifaschisten (BdA) erweiterte. Zweck der Gründung dieses Bundes war die Aufnahme von Menschen, die weder selbst Verfolgte, noch direkte Angehörige waren, sich aber an der Aufarbeitung der NS-Zeit, beziehungsweise der Erinnerung an die Verbrechen der Nazis beteiligen wollten. Was in der DDR, die sich als antifaschistischen Staat verstand, selbstverständ-

lich war, musste sich im wiedervereinigten Deutschland neu er- und wiederfinden. Bereits damals stand nicht nur die klassische Erinnerungsarbeit wie Zeitzeugengespräche, Recherche und Dokumentation oder Pflege und Neuetablierung von Gedenkortern im Vordergrund. So engagierten sich die Mitglieder des Bundes auch stets im Kampf gegen Neofaschisten. „Wenn Worch durch Leipzig zog, waren wir natürlich auf der Straße“, erinnert sich Peinel. Im Februar ging es nach Dresden – lange bevor sich die Dresdner selbst den Nazis in den Weg stellten. Der BdA demonstrierte gegen das NPD-Zentrum in der Odermannstraße und gegen LEGIDA. Viele der Älteren stellten

erstaunt und verwundert fest: „Da sind so viele junge Leute, die sich gegen Nazis stark machen – warum kommen die nicht zu uns?“ Die Zeiten, das mussten die Antifaschisten des Bundes zur Kenntnis nehmen, haben sich geändert. Und auch sie müssen ihre Arbeit den Gegebenheiten anpassen. Neue, jüngere Mitglieder sind in den Vorstand aufgerückt. Sie werden nicht alles umkrempeln, aber doch einiges verändern. Dabei dürfte die Ver-

netzung innerhalb der vielen antifaschistisch agierenden Gruppen in Leipzig eine wichtige Rolle spielen. Am 27. Oktober bietet sich dafür eine gute Gelegenheit, wenn der Bund in der Galerie KUB seinen 25. Geburtstag feiert. Nach dem offiziellen Teil für geladene Gäste, lädt der BdA ab 19 Uhr zur Podiumsdiskussion „Weiße Rose, schwarzer Block – jede Zeit hat ihre Antifa“ ein. Eine Woche später, am 3. November, steigt dann das Soli-Konzert „together against racism“ im Naumanns (Felsenkeller) mit Hematom und Freunden.



Veranstaltungen

Podiumsdiskussion „Weiße Rose, schwarzer Block – jede Zeit hat ihre Antifa“

Eintritt frei

Sa. 27. Oktober, 19 Uhr, Galerie KUB, Kantstr. 18 – hinteres Gebäude

Soli-Konzert „together against racism“ mit „Hematom“ und Freunden

Eintritt: 7 Euro / erm. 5 Euro

Sa. 3. November, 20 Uhr, Naumanns (Felsenkeller), Karl-Heine-Str. 32



Bild: Rüdiger Ullrich

Wohnen als soziale Frage unserer Zeit

Maximilian Becker Zur Situation am Wohnungsmarkt und der linken Antwort auf den Mietenwahnsinn

Von Politikerinnen und Politikern ist aktuell immer öfter zu hören: Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Was unsere Partei bereits seit vielen Jahren sagt, hat in Berlin nun auch die Große Koalition erkannt. Erkenntnis allein reicht jedoch nicht, wenn daraus die falschen Maßnahmen abgeleitet werden. Doch genau diese falschen Maßnahmen verabschiedet die Bundesregierung reihenweise: Das Baukindergehalt ist ein Geschenk für Besserverdienende, die Möglichkeit für Sonderabschreibungen für den Mietwohnungsbau ein Zugeständnis an die Bau-Lobby, und die Mietprelsbremse wird auch nach ihrer Reform mehr schlecht als recht bremsen.

Doch wo liegt eigentlich das Problem? Ein Blick auf die Zahlen verdeutlicht die Missstände im Wohnungsmarkt. So fehlen in Deutschland nicht nur nahezu vier Millionen bezahlbare Wohnungen, gleichzeitig verringert sich die Zahl der Sozialwohnungen pro Jahr weiterhin um mehrere Zehntausend. Mittlerweile müssen 40 % der Menschen in den Großstädten mehr als 30 % ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Die Spekulation mit Wohnungen und insbesondere mit Bauland ist stärker denn je. Und auch in Leipzig hat sich die Situation auf dramatische Weise verschlimmert. Die Mieten sind in den letzten Jahren um wahnsinnige 38 % gestiegen und mittlerweile gibt es kaum noch Leerstand. Wohnungen werden immer mehr zum Renditeobjekt für Finanzkonzerne – allein in Leipzig besitzt der

größte deutsche Wohnungskonzern Vonovia 9.000 Wohnungen und ist einer der Treiber des Mietenwahnsinns.

DIE LINKE hat diesen Fehlentwicklungen jetzt nochmals deutlich den Kampf angesagt und vor einigen Wochen die Kampagne „Bezahlbare Miete statt fetter Rendite“ gestartet. Die Forderungen der Kampagne überzeugen: pro Jahr 250.000 Sozialwohnungen, der Stopp aller Mieterhöhungen, die Überführung von Immobilienkonzernen in die öffentliche Hand und die Stärkung des genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbaus. In Anbetracht der oben skizzierten Entwicklungen in Leipzig sollten wir im Stadtverband versuchen, die Kampagne möglichst gut zu unterstützen und die Thematik an Infoständen und bei Veranstaltungen aufzugreifen und bei den Wahlen im kommenden Jahr konsequent zu bespielen. Für DIE LINKE in Leipzig wird es sich lohnen, das Thema Wohnen und Miete stark zu machen und für die Rechte der Mieterinnen und Mieter einzutreten. Denn die Frage nach bezahlbaren Mieten ist für einen Großteil Menschen in Leipzig relevant – egal ob in Heiterblick oder in Schleußig. Es muss dabei gelingen, den Status unserer Partei als Partei der Mieterinnen und Mieter zu stärken. Ein Schritt in diese Richtung macht der aktuelle Entwurf des Kommunalwahlprogramms – dort ist der Mietenfrage ein ganzes Kapitel gewidmet.

Linke Stadträte unterstützt Bewohner der Thierbacher 6

Klaudia Naceur Am 27. September übergaben Bewohner der Thierbacher Straße 6 eine Petition an Oberbürgermeister Burkhard Jung mit der Aufforderung an den Stadtrat, sich für die Belange der Hausgemeinschaft einzusetzen. Seit langem kämpfen die Connewitzer gegen die geplanten Modernisierungsarbeiten ihres Vermieters und den damit einhergehenden drastischen, pauschalen Mieterhöhungen, um rund 500 Euro. Massiv von Entmietung und Zwangsräumung bedroht, protestieren sie für bezahlbaren Wohnraum und gegen die kapitalistische Stadtentwicklung sowie Gentrifizierung mit ganz unterschiedlichen Aktionen. Auch juristisch wehrt sich das selbst verwaltete Hausprojekt und führt seit eineinhalb Jahren Gerichtsprozesse, mit denen bereits Sanierungsmaßnahmen und Kündigungen abgewendet werden konnten. Im Sommer stellte der Vermieter den Bewohnern ein Baugerüst vors Haus, mittlerweile sind die Schornsteine abgetragen und der Winter naht. Eiskalte Gründe, um sich Hilfe aus der lokalen Politik zu suchen. Sowohl DIE LINKE als auch Grüne und SPD zeigen sich mit den Thierbachern solidarisch und unterstützen die Petition.

Ein Jahr behindertenpolitischer Sprecher

Sören Pellmann Das Märchen vom Inklusionswillen und einer teilhabeorientierten Politik

Normalerweise müsste ich diesen Artikel mit „Es war einmal...“ beginnen. Dieses Märchen vom Inklusionswillen der Bundesregierung muss den Betroffenen wie Hohn vorkommen, aber leider ist er für die Arbeit der Bundesregierung in Sachen Behindertenpolitik die richtige Beschreibung.

Den ersten Tiefschlag versetzte der Behindertenpolitik bereits die Koalitionsvereinbarung der neuen Regierung. Das darin verkündete „Chancenland Deutschland“ entpuppte sich als Farce. Im Rahmen des Koalitionsvertrags werden für Menschen mit Behinderung lediglich Prüfaufträge und „Soll“-Vorhaben formuliert. Daraus werden in der Regel keine Gesetzesinitiativen, die zu einer echten Veränderung führen könnten. Das bedeutet aller Voraussicht nach für alle Betroffenen und Angehörigen nichts anderes als vier chancenlose Jahre im vermeintlichen Chancenland.

Plakativ hierfür mögen die Debatten rund um die barrierefreie Übertragung der Bundestagsdebatten stehen. Im Chancenland könnte ich erwarten, dass diese im Internet übertragenen Debatten vollumfänglich allen Menschen zugänglich gemacht werden. Wo, wenn nicht in diesen Debatten wird Demokratie und Meinungsppluralismus der verschiedenen Fraktionen deutlich? Skurrilerweise gibt es für die Beteiligung aller Menschen und damit für die Teilhabe an der Demokratie eine Zeitbegrenzung. So war beispielsweise die Übersetzung der Redebeiträge des Bundestages in Gebärdensprache nur donnerstags bis 12 Uhr vorgesehen. An allen anderen Tagen ist hierfür kein Geld für die entsprechende Teilhabe vorhanden und CDU/CSU sowie SPD sehen für eine Ausweitung keinerlei Bedarf. Wenigstens konnte nach meinem Protest erwirkt werden, dass die vollumfängliche Barrierefreiheit bei Debatten über behindertenpolitische Themen sichergestellt wird. Dies heißt aber auch, dass an allen anderen Debatten Menschen mit Höreinschränkungen einfach nicht teilhaben können, weil dies den anderen Bundestagsfraktionen zu teuer sei. Bei einem Blick in die Nachrichten frage ich mich jedoch, warum Steuergelder für andere Dinge verwendet oder besser gesagt verschwendet werden, aber hierfür kein Geld vorhanden ist.

Bei dieser Ausgangslage muss es umso mehr die Aufgabe unserer Opposition sein, die Belange von Menschen mit Behinderungen regelmäßig zu thematisieren, eigene Anträge und Anfragen einzubringen und die Regierung mit aller Deutlichkeit auf die Defizite hinzuweisen. Spätestens mit dem seit 2017 in Kraft getretenen Bundesteilhabegesetz, welches zurecht heftig von zahlreichen Verbänden und Interessensvertretern in eigener Sache kritisiert wird, bedürfte einer deutlichen Überarbeitung und Verbesserung.

Bild: Kay Kamieth

Hierfür müsste der Teilhabegedanke erst einmal bei allen Oppositionsfraktionen ankommen. Dass dem nicht so ist, zeigten die teils widerwärtigen Anfragen und Kommentare der AfD. Wer Menschen das Menschsein abspricht und bewusst mit Worten spielt, um die Nähe zu den Euthanasieverbrechen der NS-Zeit herzustellen, der hat sich für sämtliche Fragen völlig disqualifiziert. Die Fraktion DIE LINKE muss daher im Parlament nicht mehr nur als soziales Korrektiv der Gesellschaft agieren, sondern klare Kante für Demokratie, Toleranz und vor allem Inklusion zeigen.

Soziales Korrektiv zu sein, liegt der FDP sicherlich fern, aber mit der Umbenennung des Schwerbehindertenausweises in Teilhaberausweis, zeigte der selbst ernannte teilhabepolitische Sprecher Jens Bееck, dass er zumindest den Wunsch nach gleichberechtigter Teilhabe erkannt hat. Dieser Antrag fand im Parlament keine Mehrheit, weil es in Wahrheit nur Augenwischerei war. Denn wer wie die FDP die Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben unter Kostenvorbehalt stellt, der verkennt, dass die volle und wirksame Teilhabe aller Menschen ohne Kosten nicht möglich ist. Allerdings hat die FDP im Gegensatz zu den Koalitionsparteien wenigstens versucht, sich dem Thema zu nähern. Von SPD und CDU/CSU ist bisher keine Initiative gekommen, welche das Erreichen von gleichwertigen Lebensverhältnissen zum Ziel hat.

Selbst im Bundestag gibt es derart viele Barrieren für Menschen mit Behinderung, dass diese sich nicht selbstständig durch den Gebäudekomplex bewegen können. Welcher Ort, wenn nicht dieser, sollte Vorbild für die Barrierefreiheit sein? Doch auch andere wichtige Lebensbereiche sind betroffen. So stellt beispielsweise der Bahnverkehr mit seinen unterschiedlichen Bahnsteighöhen noch immer ein Hindernis in der Bewegungsfreiheit dar. All das, was für viele Menschen ohne Behinderungen selbstverständlich ist, wird für zahlreiche Betroffene zum Problem. Demokratie und Inklusion bedeuten, dass alle Menschen, egal ob mit oder ohne Behinderung, am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Durch das Bundesteilhabegesetz sollte dafür Sorge getragen werden, dass alle öffentlichen Einrichtungen möglichst barrierefrei sind. Wie es das Leben so will, spielt sich dieses eben nicht nur in den Einrichtungen der öffentlichen Hand ab.

Der Besuch eines Restaurants mit Freunden oder der gemeinsame Gang ins Kino werden weiterhin meist zu einem lang geplanten Unterfangen mit unüberwindbaren Barrieren. Auch die Abhängigkeit von Fahrdiensten, die aufgrund fehlender, geeigneter Verkehrsmittel notwendig sind, schränkt die Bewegungsfreiheit der Menschen ein. Um diese Miss-

stände zu beseitigen, versuchte die Fraktion DIE LINKE die Privatwirtschaft zur Barrierefreiheit zu verpflichten. Hierbei sollten insbesondere die privaten Anbieter von öffentlich zugänglichen Gütern und Dienstleistungen in die Pflicht genommen werden. Damit eine Umsetzung dieser Vorgabe gelingen kann, wären eine Übergangsfrist von maximal fünf Jahren sowie eine ausreichende Förderung zur Umgestaltung notwendig. Dafür müssten künftig alle öffentlichen Investitionen und Fördergelder an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden sein. Leider verkannte die große Koalition den Bedarf an einer Veränderung und lehnte den von der Linksfraktion eingereichten Antrag ab. Eigene weitgreifende Initiativen von Regierungsseite sind leider bisher Mangelware.

All diese Probleme, welche offensichtlich in der Politik für Menschen mit Behinderungen nicht angegangen werden, sorgen dafür, dass wir fern vom märchenhaften Chancenland Deutschland leben müssen. Von daher bleibt frei nach den Gebrüdern Grimm zu hoffen, dass unsere Initiativen ausreichend Druck ausüben, damit „das Leid zu Ende ist und die Freude anfängt“, „bevor der Tod uns scheidet“.

DIE LINKE. vor Ort



Vorstand DIE LINKE. Leipzig-Nordwest Neu ab Oktober! Sprechzeiten DIE LINKE. Leipzig-Nordwest jeden Dienstag von 13:00 - 15:00 Uhr im Bürger*innenbüro Nordstern

Der Stadtverband DIE LINKE Leipzig-Nordwest geht neue Wege, unsere Vorsitzende Marianne Küng-Vildebrand ist für unsere Mitglieder und Interessierte jeden Dienstag von 13.00 - 15.00 Uhr im Bürger*innenbüro Nordstern für euch da.

Wir freuen uns sehr, euch dieses Angebot des Austausches zu ermöglichen und eine wöchentliche feste Sprechstunde in unserem Stadtteil anbieten zu können. Kommt vorbei und bringt euch ein!

„Aufstehen Leipzig“ erfolgreich gestartet

Volker Külow Über Aufstehen

Ob der 4. September 2018 später einmal in die Geschichte der deutschen Linken oder gar der Bundesrepublik eingehen wird, ist noch ungewiss. Als offizieller Startschuss der neuen Sammlungsbewegung „Aufstehen“ war dieser Dienstag aber unstrittig ein wichtiges Datum im politischen Kalender des Jahres. Sahra Wagenknecht und einige MitstreiterInnen präsentierten der seit Monaten gespannt wartenden Öffentlichkeit endlich den Gründungsaufruf der neuen Bewegung und dazu eine bemerkenswerte Unterstützerliste, bei der es an prominenten Namen nicht mangelte, wenn man allein an die SchriftstellerInnen Daniela Dahn, Christoph Hein und Ingo Schulze denkt. Das Kernziel der linken, von der Parteispitze der LINKEN ausgesprochen kritisch beäugten Sammlungsbewegung, formulierte Wagenknecht wie folgt: Wir haben in Deutschland „eine handfeste Krise der Demokratie... und ich bin es leid, die Straße den Rechten und Pegida zu überlassen.“ Zunächst muss es darum gehen, „die Parteien zu verändern“ und letztendlich eine „neue Regierung mit sozialer Agenda“ zu bilden. Bis dahin ist es noch ein langer Weg und ob er realistisch ist, bleibt abzuwarten.

Zumindest der Zulauf für die linke Sammlungsbewegung ist enorm. Pünktlich zum medienwirksamen Auftakt hatten sich mehr als 100.000 UnterstützerInnen über das Internet bei „Aufstehen“ eingetragen; inzwischen sind es bald 150.000 und täglich kommen weitere Menschen hinzu. Auch in Leipzig ist mit rund 1.000 Aufstehenden der Funke übergesprungen. Bereits im August hatten sich ca. 25 von ihnen um den bekannten Sozialdemokraten und Erstunterzeichner des Gründungsaufrufs Prof. Dr. Cornelius Weiss zusammengefunden und den Startschuss für „Aufstehen Leipzig“ vorbereitet. Am 21. September war es dann endlich soweit. Der große Saal im Schulungszentrum „Walradushof“ in Knauthain fasste den Ansturm der Gäste kaum. Mehr als 150 Mitglieder der Leipziger Regionalgruppe waren der Einladung gefolgt und erlebten einen spannenden Abend.

Den Auftakt der dreistündigen Veranstaltung bildete ein Statement von Altmagnifizienz Cornelius Weiss, der am Ende des ersten Tref-



Bild: Aufstehen Leipzig

fens optimistisch resümierte: „Ich bin sehr zuversichtlich, dass daraus etwas wird. Der Frust der Menschen an den sozialen Missverhältnissen ist spürbar groß – und damit auch der Wille, aktiv bei uns mitzumachen. Mit so vielen Teilnehmern habe ich jedoch nicht gerechnet.“ Im Podium der Versammlung saßen mit MdB Sabine Zimmermann – die herzliche Grüße von Sahra Wagenknecht überbrachte – und der Kinderärztin Dr. Helga Lemme auch zwei Mitglieder der Linkspartei.

An der anschließenden, von dem Schauspieler Wolfgang Zarnack souverän moderierten Diskussion, beteiligten sich rund drei Dutzend Teilnehmerinnen und Teilnehmer, deren Redebeiträge von einer enormen Aufbruchsstimmung im Saal zeugten. Viele der Anwesenden trugen sich in die mehr als 30 Arbeits- und Themengruppen ein, in denen nun lokale Aktionen und politische Kampagneninhalte rund um die Hauptthemen Frieden und soziale Gerechtigkeit erarbeitet werden. Eine Großveranstaltung mit Sahra Wagenknecht noch in diesem Jahr in Leipzig ist ebenfalls in Planung. Das nächste „Aufstehen“-Treffen findet am 19. Oktober statt – sicher in einem deutlich größeren Saal.

Man darf gespannt sein, wie es mit „Aufstehen Leipzig“ weitergeht. Einiges hängt gewiss davon ab, welche Wirkungen dieses politische Großexperiment nunmehr bundesweit entfaltet.

Das Potenzial der linken Sammlungsbewegung ist zweifellos enorm. Ein Aufbruch für einen politischen Richtungswechsel verlangt nach einer neuen außerparlamentarischen Opposition auf offener Bühne. Spekulationen, was dabei alles schief gehen kann, bringen nichts. Die linke Sammlungsbewegung geht in die richtige Richtung. Und noch immer gilt der Satz von Rosa Luxemburg: „Die Geschichte ist die größte Lehrmeisterin der Politik.“

Sören Pellmann fordert Verkehrsminister Scheuer zum Rückzieher auf

Sören Pellmann Mauterhöhung ab 2019 auch für kommunale Müllfahrzeuge

In der Antwort auf meine schriftliche Anfrage Nr. 173 vom 12. September 2018 hat mir das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur am 19. September 2018 bestätigt, dass im Zuge des fünften Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes zum 1. Januar 2019 (Drucksache 19/3930) die Erhöhung der LKW-Mautpflicht auch für Fahrzeuge gilt, die im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge zur Sicherstellung der Abfallbeseitigung und -entsorgung genutzt werden. Damit werden ab nächstes Jahr nicht nur meine Heimatstadt Leipzig, sondern alle Kommunen deutschlandweit zusätzlich stark belastet. Allein für Leipzig belaufen sich die entsprechenden Mehrkosten im Zeitraum von 2018 bis 2022 auf über 600.000 Euro, die eigentlich dringend für den Schul- und Kitausbau benötigt werden.

Diese enorme Mehrbelastung der Kommunen zugunsten des Bundeshaushaltes ist angesichts der beständig steigenden Steuereinnahmen und Überschüsse des Bundes ein Skandal. Statt die Kommunen über die Maut weiter zu schröpfen, sollten sie entlastet und finanziell besser unterstützt werden, damit sie ihre wachsenden Pflichtaufgaben weiterhin erfüllen können. Ich habe mich daher heute mit einem Brief an den Minister gewandt und ihn „eindringlich um Unterstützung der kommunalen Forderung gebeten, auch künftig die entsprechenden Fahrzeuge von der Maut zu befreien. Die Bundesregierung ist hier in der Verantwortung.“



ÖPNV für alle! Was dürfen Bus und Bahn kosten?

Elisabeth Hennig Marco Böhme, Steffen Lehmann (Geschäftsführer des Mitteldeutschen Verkehrsverbunds) und Tino Supplies (Ökolöwe Umweltbund Leipzig e.V.) diskutieren über Alternativen zu Fahrpreiserhöhungen in Leipzig

Unter dem Titel „ÖPNV für alle!“ fand am 18. September 2018 im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche auf dem Lindenauer Markt eine Diskussionsveranstaltung der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag unter freiem Himmel statt. Der Einladung von Marco Böhme (Sprecher für Mobilität, Klima und Energie der Fraktion) folgten der Geschäftsführer des Mitteldeutschen Verkehrsverbunds (MDV), Steffen Lehmann, Tino Supplies, der Mobilitätsexperte des Leipziger Umweltverbands Ökolöwe, sowie ein paar hundert interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von der freien Journalistin Sarah Ulrich.

Dass das Thema der steigenden Preise für Bus und Bahn die Menschen bewegt, zeigten mehrere Wortbeiträge der anwesenden Gäste. So fragte eine Frau ganz aufgebracht: „Wer kann sich seit der letzten Erhöhung überhaupt noch ein Ticket für die Straßenbahn leisten?“. Erst im August diesen Jahres stiegen die Fahrkartenpreise für Einzelkarten, aber auch für Abokunden der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) wieder an. Zum Vergleich: im Jahr 2002 betrug der Preis für eine Einzelfahrt noch 1,50 Euro, im Jahr 2018 lag der Preis bei 2,70 Euro. Damit hat Leipzig die höchsten Fahrpreise in ganz Sachsen. Jährliche Ticketpreiserhöhungen führen jedoch dazu, dass der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) weniger attraktiv wird und insbesondere einkommensschwache Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden.

Einig waren sich die Podiumsgäste darin, dass das keine begrüßenswerte Entwicklung sei und man den Leipziger Nahverkehr attraktiv gestalten wolle – dazu gehöre auch eine attraktive Preispolitik. Dennoch verwies Steffen Lehmann darauf, dass der ÖPNV ein teures Unterfangen sei, bei dem man auf öffentliche Zuschüsse angewiesen sei und keinen Gewinn erwarten könne. Circa 550 Millionen Euro pro Jahr benötige der MDV, 220 Millionen Euro davon würden durch Ticketeinnahmen gewonnen, der Rest seien Zuschüsse öffentlicher Haushalte. Dennoch steigen jährlich die Kosten für Personal, Energie oder auch Anschaffungen wie neue Straßenbahnen. Die öffentlichen Gelder reichten für diese enormen Kostensteigerungen nicht aus, weswegen moderate Fahrpreisanpassungen notwendig seien. Auch verweist er auf bestehende Erfolge: die Leipzig-Pass-Mo-

bicard ermögliche es, dass auch Menschen, die beispielsweise Arbeitslosenhilfe beziehen, ein vergünstigtes Ticket erwerben können. Marco Böhme entgegnete jedoch, dass auch der Preis für dieses Ticket in den letzten Jahren gestiegen sei und deren Preis bereits über dem läge, was der Hartz IV-Regelsatz für die gesamten Verkehrsausgaben vorsehe.

Tino Supplies kritisiert, dass die Zuschüsse der Stadt Leipzig für die LVB im Jahr 2012 eingefroren wurden und seither jede Kostensteigerung im ÖPNV allein von den Kundinnen und Kunden getragen wurde. Im gleichen Jahr, in dem der Leipziger Stadtrat dem ÖPNV die Gelder kürzte, wurde in Wien ein günstiges Jahresticket eingeführt, mit dem für ein Euro am Tag (365 Euro-Jahresticket) die Wienerinnen und Wiener den ÖPNV in ihrer Stadt nutzen können. Dadurch stieg die Zahl der Abokunden von 370.000 (2012) auf 780.000 (2017).

»Ich komme heute mit einem Leihwagen von Teil-Auto günstiger ins Kino mit Freunden, als mit der Straßenbahn. Das ist doch Wahnsinn!«

Marco Böhme

Marco Böhme verwies auf die Idee einer Nahverkehrsabgabe, die alle Einwohnerinnen und Einwohner einer Kommune zahlen müssten, damit alle entgeltfrei den ÖPNV nutzen könnten (das so genannte „Bürger*innenticket“). Dabei sollten auch Unternehmen und Touristen zur Finanzierung hinzugezogen werden. Nach Vorstellung der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag solle der Freistaat Sachsen ein Modellprojekt finanzieren, bei dem in einem ersten Schritt der ÖPNV massiv ausgebaut und neue Fahrzeuge gekauft werden, um den ÖPNV überhaupt erst attraktiv zu machen. In einem zweiten Schritt sollten bestimmte Nutzer(-innen)gruppen kostenlos oder zu einem reduzierten Betrag fahren können (beispielsweise Schülerinnen und Schüler sowie Seniorinnen und Senioren) und zuletzt dann über einen bestimmten Zeitraum alle anderen Einwohnerinnen und Einwohner. Zum Ende des Projektvorhabens soll in einem Bürgerentscheid darüber abgestimmt werden, ob eine ÖPNV-Abgabe für alle eingeführt wird, mit der für maximal 20 Euro pro Monat (sozial gestaffelt), also einem Drittel des derzeitigen Abokartenpreises in Leipzig,

alle Einwohnerinnen und Einwohner kostenlos in ihrer Stadt oder Kommune fahren könnten. Davon hätten nicht nur bisherige ÖPNV-Kundinnen und -Kunden etwas, sondern alle Menschen einer Stadt: die Autofahrerinnen und -fahrer von steigenden ÖPNV-Nutzerinnen und -nutzern, sodass sie selbst weniger im Stau stehen, aber auch Fußgängerinnen und Fußgänger, die eine gesteigerte Luft- und Lebensqualität mit weniger Autos in den Straßen genießen.

Steffen Lehmann vergleicht diese Forderung mit dem Besuch eines Bäckers, von dem man kostenlose Brötchen verlange und hält ein solches Modell für nicht begrüßenswert, da es in die Freiheitsrechte der Menschen eingreife. Für Leipzig sieht er bereits wichtige Schritte für einen attraktiven ÖPNV getan: neue Straßenbahnen sowie neue Linien und trotz Preissteigerungen die Hinzugewinnung neuer Fahrgäste.

Nichtsdestotrotz sind sich die drei Diskutanten einig, dass eine Stärkung des ÖPNV nur mit steigenden öffentlichen Zuschüssen erreicht werden kann. Sowohl die Stadt Leipzig als auch der Freistaat Sachsen müssen mehr Mittel zur ÖPNV-Finanzierung bereitstellen. Aber auch der Bund steht hier in der Verantwortung. Statt allein die Forderung nach kostenlosem ÖPNV als Maßnahmen gegen Feinstaubbelastung und zur Erreichung der Pariser Klimaziele zu formulieren, bräuchte es mehr Geld für die betroffenen Kommunen, um diese Maßnahmen auch umzusetzen.

Leider klingen alle geäußerten Vorschläge nicht danach, als bräuchten sie schnelle Lösungen. Damit es im August 2019 nicht wieder zu Fahrpreiserhöhungen kommt, braucht es schnell politische Mehrheiten, um alternative Finanzierungskonzepte umzusetzen. Der Leipziger Stadtrat hat sich kurz nach der Veranstaltung auf ein neues Verkehrskonzept geeinigt. In der Umsetzung des so genannten „Nachhaltigkeitsszenarios“ soll auch der ÖPNV gestärkt werden und die Zuschüsse der Stadt von derzeit 45 Millionen auf mittelfristig 60 Millionen Euro pro Jahr steigen. Dies ist ein guter und wichtiger Schritt. Allerdings sieht auch das Nachhaltigkeitsszenario Fahrpreiserhöhungen vor – um jährlich 2 Prozent (aktuell 3,5 %).

Die Veranstaltung vom 18.09.2018 wurde aufgezeichnet und findet sich hier: www.youtube.com/user/linksfraktionsachsen



Wahlstab, was?

William Rambow, Maximilian Becker 2019 ist bekanntlich Superwahljahr: Kommunal-, Landtags- und Europawahlen stehen ins Haus. Und es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Grundwerte unserer Demokratie. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass DIE LINKE daraus als starke Kraft gegen die Hetze rechter Menschenfeinde hervorgeht. Gute Wahlergebnisse brauchen einen guten Wahlkampf. Und für einen guten Wahlkampf spielt der Wahlstab und insbesondere dessen Leiter_in eine bedeutende Rolle: durch sie oder ihn werden alle Aktivitäten im Stadtverband koordiniert. Zudem ist die/der Wahlstableiter_in für die Planung und Bestellung von Werbematerialien verantwortlich; und vernetzt und informiert die Kandidierenden und kommuniziert mit der Landesebene.

All dies geschieht in Abstimmung mit dem Wahlstab. Zu diesem sollten auf jeden Fall Menschen gehören: die Social-Media-Erfahrung haben, die gut mit Medien (Presse und Multimedia) generell umgehen können, die Kampagnen und Aktionen planen können (Kreativität ist gefragt!), die über eine gute Kenntnis des Stadtverbandes und gute Vernetzung in die Stadtbezirksverbände verfügen, die bereit und in der Lage sind, bis zu 110 Kandidierende zu koordinieren und zu informieren, die Zeit haben und bereit sind, spontan Aufgaben zu übernehmen, die gern Veranstaltungen planen und Menschen, die ein Talent dafür haben, andere Menschen zu motivieren.

Du hast den Eindruck, dass du einer dieser Fähigkeiten besitzt? Und du hast Bock auf einen geilen Wahlkampf? Dann melde dich in der Geschäftsstelle (kontakt@dielinke-leipzig.de). Aktuell konstituiert sich ein lockerer „Vorwahlstab“, bis der Stadtverband in seiner Dezember-Sitzung den Wahlstab und den/die Wahlstableiter_in beruft. Du willst mehr Verantwortung übernehmen? Irgendwo in diesem Mitteilungsblatt steht mehr zur Ausschreibung der Stelle als Wahlstableiter_in, schau dir doch das mal an. Wir freuen uns auf einen geilen Wahlkampf mit euch!

Ausschreibung

Für die Organisation der Kommunal-, Europa- und Landtagswahl 2019 in Leipzig stellt der Stadtverband DIE LINKE Leipzig

- eine*n Wahlkampfleiter*in -

auf Honorarbasis als befristetes Zweiteinkommen für die Zeit vom 1. März bis zum 30. September ein.

Erwartet werden:

- Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE
- Organisations- und Leitungserfahrungen
- Kenntnisse der Strukturen des Stadtverbandes DIE LINKE. Leipzig
- selbstbewusstes Auftreten in der Öffentlichkeit
- Flexibilität des Zeitfonds
- gute EDV-Kenntnisse

Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen erwarten wir bis zum 30. November per Post an den Stadtverband DIE LINKE. Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, bzw. per Mail an: steffi.deutschmann@dielinke-leipzig.de

#Jetzt!

Adam Bednarsky Im nächsten Jahr steht viel auf dem Spiel. Bei den Kommunal- und Landtagswahlen 2019 werden die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, ob sie zukünftig von schwarz-blau regiert werden oder nicht. Die Wahrscheinlichkeit für eine rechtsautoritäre Mehrheit nimmt zu, nachdem der neu gewählte CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende eine Koalition mit der AfD nicht mehr ausdrücklich ausschließt. Gegen diese gefährliche Entwicklung hilft nur ein breites, solidarisches Bündnis, das sich in der sächsischen Zivilgesellschaft hoffentlich alsbald herausbildet. Das Konzert in Chemnitz „Wir sind mehr!“ könnte ein erfolversprechender Anfang gewesen sein, die Ende September gestartete Kampagne „Gusche auf gegen Rechts!“ geht genau in die richtige Richtung.

Die sächsische LINKE und damit auch unser Stadtverband müssen in dieser Bewegung eine aktive Rolle spielen und das möglichst ohne Zeitverzögerung. Handeln wir also #Jetzt! Lasst uns eine Mobilisierungskampagne starten, mit der wir unsere Genossinnen und Genossen frühzeitig für einen erfolgreichen Wahlkampf 2019 motivieren. Über erste Überlegungen und Ideen würde ich mich sehr freuen, gern können auch entsprechende Anträge beim bevorstehenden Stadtparteitag am 17. November eingereicht werden.

Aus der Partei



Familienfest am Auensee

Marianne Küng-Vildebrand Sommerausklang des Stadtbezirks Leipziger-Nordwesten

Den Sommer hat unser Stadtbezirksverband Leipzig-Nordwest am 22. September mit einem schönen Familienfest ausklingen lassen. Die Kinder vergnügten sich bei der Hüpfburg, am Glücksrad oder bei den Bewegungsspielen, und die Eltern und Großeltern hatten Zeit, mit unseren Genossinnen und Genossen entspannt zu plaudern und sich das ausliegende Informationsmaterial anzuschauen. Dank der Anzeige im „Viadukt“, der Zeitung des Bürgervereins Möckern-Wahren, hatten sich auch einige Bürger*innen aus dem Stadtteil gezielt zu uns begeben und suchten mit uns den Austausch. Viele zufriedene Kinder, ausgestattet mit Luftballons, lustig bemalten

Kindergesichtern vom Kinderschminken und mit den Händen voller kleiner Preise, verließen am späten Nachmittag unser Fest.

Vereinsmitglieder der Parkeisenbahn Auensee e. V. haben uns eingeladen, das Familienfest das nächste Jahr bei ihrer Station auszutragen. Das Angebot werden wir natürlich sehr gerne annehmen.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Genossinnen und Genossen unseres Stadtverbandes für die tolle Hilfe und nicht zuletzt bei Dietrich Wermes, der uns die Hüpfburg transportierte und damit einen Höhepunkt unseres Festes ermöglichte.

Bild: Kay Kamieth



Kinderfest in Leutzsch

Ilse Lauter Bericht von einem traditionellen Event

Am 14. Juli 2018 fand das traditionelle Kinderfest von DIE LINKE im Leutzscher Park am Wasserschloss statt. Trotz glühender Hitze und Fußballweltmeisterschaft waren viele Familien gekommen, um die unterschiedlichsten Angebote zu nutzen, die sich ihnen boten. Mit Hüpfburg, Clowns, Quiz, Kinderschminken, Torwandschießen und vielen anderen Möglichkeiten zum Spielen und Toben konnten sie den Sonnabendnachmittag unterhaltsam verbringen.

Für mich war es das erste Mal, dass ich als Stadträtin den Ortsverband Alt-West mit unterstützte. Mich beeindruckten viele Dinge: Zum einen die gute logistische und technische Vorbereitung. Vom Lautsprecher bis zum Fußballtor, vom Grillrost bis zur Hüpfburg war alles da und wurde sorgfältig aufgebaut. Zum anderen der unermüdliche Einsatz der Frauen und Männer vor Ort. Was da an Kuchen und sonstigen Köstlichkeiten mitgebracht wurde, an Getränken geschleppt, war schon bemerkenswert. Und stundenlang am Grill auszuhalten, ist bei dieser Hitze auch nicht selbstverständlich. Und alles mit Freundlichkeit und Spaß bei der Sache. Als drittes möchte ich die gute und selbstverständliche Zusammenarbeit mit anderen Akteuren hervorheben. So etwas zu entwickeln braucht Zeit und spricht für die gute und kontinuierliche Arbeit des Ortsverbandes.

Und mein schönstes Erlebnis? Das habe ich nicht selbst gesehen, sondern erst später erfahren: Das Torwandschießen hat ein zehnjähriger Junge gewonnen. Er streifte sich den Preis, ein Fußballtrikot, stolz über. Eine Frau bemerkte dazu, „Das war damit einer der schönsten Tage in seinem Leben“. Es stellte sich heraus, dass sie als Betreuerin in einem Markkleeberger Kinderdorf mit ihren Schützlingen beim Fest war.

Und so lange es Kinder gibt, denen es nicht gut geht, machen solche Kinderfeste Sinn und lohnt sich die Mühe.

Bild: Gisela Ständer



Bilder von links: Kay Kamnath | Mario Wenzel | Franziska Rieckwald



3 Bilder vom Parking-Day

Wir machen unsere Straße zum Lebensraum - Freiräume schaffen, wo sonst Autos stehen! Unter diesem Motto fand auch in diesem Jahr am Freitag, dem 21. September, wieder der PARK(ing) DAY Leipzig statt. Dabei wurden Parkplätze zu Parkanlagen und Orte zum Verweilen umgewandelt. Auch DIE LINKE. Leipzig beteiligt sich dieses Jahr daran und veranstaltet an gleich fünf Orten ein gemütliches Zusammensitzen dort, wo FußgängerInnen und RadfahrerInnen eher verdrängt werden.

Parking Day Orte der Leipziger LINKEN waren:

Bild links oben: Westen - Abgeordneten- und Projektbüro INTERIM
Bild rechts oben: Osten - Zweinaundorfer Straße/Ecke Cichoriusstraße
Bild rechts unten: Norden - BürgerInnenbüro Nordstern

Nicht im Bild:
 Osten 2 - Kulturbüro Sodann
 Süden - Abgeordneten- und Projektbüro linXXnet



Bildungsfahrt Berlin: Rechtsruck in Deutschland stoppen!

Oliver Gebhardt Bericht von einer Bildungsfahrt

In Zeiten einer erstarkenden Rechten treibt viele immer mehr um, wie der Rechtsruck in Deutschland gestoppt werden kann. Um Lösungsansätze zu diskutieren, reisten am 29. September knapp vierzig Genoss*innen und Sympathisant*innen in die Bundeshauptstadt Berlin. Dort erwartete uns bereits im Liebknecht-Haus unsere Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau. Sie machte in der Debatte deutlich, dass leider vielen langjährigen Abgeordneten des Bundestags den Blick für die gesellschaftlichen Schärpen und Unschärpen verloren gegangen sei. Besonders interessant schien hierbei die Unterscheidung in „Politik“ und „echtes Leben“. Insbesondere der Blick auf die sozialen Probleme der Bevölkerung wurde in der Vergangenheit massiv vernachlässigt. Gleichzeitig sei sowohl die Bereitschaft, mittels Gewalt Probleme zu lösen, deutlich gestiegen. Die Menschen müssten sich wieder angesprochen und ernst genommen fühlen. Gleichzeitig berichtete unser Bundestagsabgeordneter Sören Pellmann von verschiedenen Erlebnissen im Leipziger

Südraum und wie er versucht, aktiv gegenzusteuern. Im Anschluss fuhr die Gruppe zur neuen Ausstellung „Stille Helden“. Hier werden persönliche Geschichten einzelner Helfer*innen von Verfolgten der NS-Zeit plastisch dargestellt. In erschreckender Weise wird hier deutlich, wie die Übernahme der NSDAP fortlaufend zu einer systematischen Verfolgung führte und die Helfer*innen immer neue Ideen zur Unterstützung der Betroffenen benötigten. Nachfolgend besuchten wir noch die Ausstellung „Topografie des Terrors“. Hier wurde insbesondere die Täterperspektive beleuchtet. Interessant und gleichsam schockierend waren die Eindrücke, wie normale Bürger*innen dem NS-System immer näherkamen und aus ganz verschiedenen Gründen zu Mittäter*innen wurden. Besonders die am Morgen aufgeworfenen Ursachen hierfür konnten in Teilen wiederentdeckt werden und sollten für unsere Zeit Warnung und Mahnung zugleich sein!

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Sporttour 2018:** Vom 4. bis 6. Dezember 2018 gehen der Leipziger Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Sportausschusses Sören Pellmann und der sportpolitische Sprecher der Stadtratsfraktion in Leipzig Adam Bednarsky auf Sporttour. Aktuell werden Vorschläge, welche Sportvereine und -initiativen bei dieser Tour besucht werden sollten, eingesammelt. Zudem sind alle eingeladen, bei den Vor-Ort-Terminen teilzunehmen. Ihr wollt mitmachen, dann meldet euch bei adam.bednarsky@dielinke-leipzig.de
- **Einberufung 2. Tagung 6. Stadtparteitag:** Der Stadtvorstand hat die nächste Tagung des Stadtparteitages einberufen. Am 17. November findet nun die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages von DIE LINKE. Leipzig statt. Auf dieser wird der Entwurf des Kommunalwahlprogrammes vor- und zur Diskussion gestellt und die Delegierten für den Landesparteitag gewählt. Antragsschluss ist der 17. Oktober 2018. Infos: www.dielinke-leipzig.de



Basis ist Boss! – Die Konferenz zum Mitgliederentscheid im Landesverband

Beteiligung und Mitwirkung werden in unserer Partei zu Recht groß geschrieben. Deshalb sollen sowohl der oder die SpitzenkandidatIn als auch die Schwerpunkte zur Landtagswahl 2019 über einen Mitgliederentscheid bestimmt werden. Doch die Beteiligung beginnt schon früher: im Internet und auf den Regionalkonferenzen. Jeder, der Vorschläge für Schwerpunkte hat, kann diese über die Kontaktadressen (Mail, Post) der Landesgeschäftsstelle einreichen. Dabei sollten die Vorschläge (von uns Thesen genannt) selbst nicht länger als 150 Zeichen sein, die Begründung, warum das wichtig ist, nicht länger als 500 Zeichen.

Gleichzeitig werden die Thesen auf den Regionalkonferenzen vorgestellt. Dort können auch gemeinsam neue Thesen vorgeschlagen werden. Ob an neuen Thesen gearbeitet wird oder schon vorhandene aufgenommen und weiterentwickelt werden, entscheiden die TeilnehmerInnen. Alles, was auf der Regionalkonferenz erarbeitet wird, wird wiederum in die Landesgeschäftsstelle mitgenommen – zur Veröffentlichung im Internet und zur Weiterreise zur nächsten Konferenz und möglichen Weiterbearbeitung.

Gleichzeitig dienen die Regionalkonferenzen der Vorstellung der BewerberInnen um die Spitzenkandidatur. Fragen an diese werden zu Konferenzbeginn gesammelt und ausgelöst. Dabei wird die Redezeit zur Beantwortung begrenzt sein, um möglichst viele Fragen stellen zu können.

Eine genauere Beschreibung zum Verfahren und zum Mitgliederentscheid ist unter obiger Überschrift in der September-Ausgabe unserer Landeszeitung Links! und auf www.dielinke-sachsen.de

Montag, 29. Oktober 2018, 17:00 Uhr
Veranstaltungsraum der LVB, Jahnallee 56

aktuelle Termine

Klimakiller Kapitalismus?! LINKE Klimaschutzkonferenz zur Wirtschafts- und Energiepolitik

Konferenz mit verschiedenen ExpertInnen, AktivistInnen und Interessierten aus den Bereichen Umwelt, Energie und Wirtschaft. Tazio Müller, Klimaaktivist und Referent für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie wird Widersprüche aufzeigen, die die tiefgreifenden ökologischen und technologischen Entwicklungen in unserer Gesellschaft hervorrufen. Anschließend sind vier Panels geplant, die einzelne Facetten des Themas beleuchten: „Nachhaltigkeit links definiert“, „Klimaschutz versus Naturschutz?“, „Bedingungsloses Grundeinkommen als Strukturwandelinstrument?“ und „Grüne Ökonomie oder Postwachstum?“

Sa. 20. Oktober, ab 9:30 Uhr
Felsenkeller Leipzig, Karl-Heine-Str. 32

80. Jahrestag Reichspogromnacht: Gedankaktion „Machwache und Stolpersteine putzen“

Zum bereits 11. Mal ruft der Erich-Zeigner-Haus e.V. zum Gedenken an die Opfer der Shoa auf. Im Rahmen der bundesweiten Gedenkaktion beteiligen sich an diesem Tag zahlreiche Städte an den Mahnwachen und dem symbolischen Stolpersteine Putzen. Wie jedes Jahr sind auch die GenossInnen von DIE LINKE. Leipzig dabei. Wer mitmachen will, kann sich unter: <http://erich-zeigner-haus-ev.de/neunter-november/> für einen Stolperstein anmelden.

Fr. 9. November 2018, ab 16:30 Uhr
An den Stolpersteinen, stadtweit

Kunst.Kultur.Perspektiven. Ideenkonferenz - zur Situation der Kunst- und Kulturschaffenden in Sachsen

Seit Jahren arbeiten viele sächsische Kulturschaffende und Künstler*innen in prekären Verhältnissen und die Lage spitzt sich weiter zu. Ihre ökonomische Basis muss neu gedacht werden und hierzu braucht es neue Ansätze. Diese möchten wir mit Kunst- und Kulturschaffenden, Vertreter*innen aus Kulturverbänden, Kultureinrichtungen und -initiativen sowie Interessierten innerhalb der Konferenz diskutieren.

Sa. 10. November 2018, ab 9:30 Uhr
Westflügel, Hähnelstr. 27

Impressum

Herausgeberin:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck

regelmäßige Termine

Stadtvorstandssitzung

2. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

Neumitgliedertreffen

letzter Freitag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Linksjugend Leipzig (Jugendverband)

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, linXXnet (Plenum)

DIE LINKE.SDS (Studierendenverband)

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, GWZ 4.116

AG Antifa (Web: agantifa.blogspot.de)

1. & 3. Mittwoch, 19:00 Uhr, linXXnet

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Cuba si

2. Dienstag, 17:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Europa

bisher unregelmäßige Treffen, auf Nachfrage

AG Frieden

2. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Internationale Solidarität

2. Dienstag, 19:00 Uhr, INTERIM

AG Kunst & Kultur

3. Montag, 17:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG LISA - emanzipatorische Frauengruppe

4. Freitag, 15:00 Uhr, INTERIM

AG Ökologie der Linksjugend

1. Montag, 19:00 Uhr, linXXnet

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Stadtentwicklung

letzter Donnerst., 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Zukunft beim Stadtvorstand

3. Dienstag, 20:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Marxistisches Forum

4. Mittwoch, 18:00 Uhr, Friedrich-Ebert-Str. 77

Ökologische Plattform ADELE

1. Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Tilman Loos, Sören Pellmann.

Gestaltung: Tilman Loos

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 05.11., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.

LEIPZIGS NEUE SEITEN

Die Hochburg an der Pleiße

Ein seltenes, heute fast vergessenes H-Wort. Burghard Jung, noch Leipzigs OBM, heißt mit ihm die Gäste des Europäischen Humor- und Satirefestivals »Lachmesse« willkommen. In DDR-Zeiten galt Leipzig als Kabarethauptstadt des kleinen Landes. Also steigern wir uns nun von der Hauptstadt zur Hochburg? »Am Lachen und Flennen kann man die Narren erkennen.« Wer uns zum Narren hält (Politik, Polizei, Pöbel?), darüber kann vom 21. bis zum 28. Oktober das Publikum Lachen, Flennen ... oder Nachdenken. Zum 28. Mal ist die Stadt dafür das laute und leise, das bissige und provokative europäische Zentrum. Pardon, bescheidener habe ich es nicht! Das Programm ist gedruckt: 175 bekannte und unbekannte Künstler, haben Brett 'I zum Arbeiten und Betten zum Schlafen gebucht. Wer mehr wissen möchte, sollte sich um das tolle Programmheft kümmern, das ist kein Problem. Wer kein Papier mag, probiere es unter www.lachmesse.de

Ich werde uns beim Lachen und Flennen beobachten!

Euer Lipsius



Das Problem ist heute nicht die Atomenergie, sondern das Herz des Menschen.

Albert Einstein (1879 - 1955)

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel.: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE60 8605 5592 1150 1148 40
BIC: WELA2333

Sprechzeiten: nach Vereinbarung (Tel. / Mail)

Redaktion: Ralf Fiebelkorn, Dr. Volker Külöw (V.i.S.d.P.), Daniel Merbitz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1. Oktober 2018

Sitzen-Bleiber

Nein, dass er über Wasser gehen könne, hat er nie behauptet – der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung. Doch wenn die Bürgerschaft ihm derart übermenschliche Fähigkeiten zutrauen würden, wäre das dem gelernten Religionslehrer sicher lieb. Zu gern kommt er in all seinen Ansprachen auf den Beginn seines Agierens an der Stadtspitze zurück. Da lag die Arbeitslosigkeit in der Stadt jenseits von 20 Prozent, das Fußball-Sommermärchen hatte sich noch nicht zugetragen und Leipzig zählte fast 100.000 Einwohner weniger als heutzutage. Eine Zeitspanne fast schon in Merkel-Dimension. Auch das sollte erwähnt werden: Einen Bürgermeister der LINKEN gab es 2006 noch nicht. Seither wurden immerhin schon drei angesehene Persönlichkeiten, die von der LINKEN nominiert wurden, in eine solch gewichtige Funktion gewählt. Unter Jungs Amtsvorgängern Lehmann-Grube und Tiefensee war daran nicht zu denken.

Burkhard Jung liebt den Duft der guten Taten. Aber dann kam der Mai 2018. Mitten in seinem dreizehnten Amtsjahr verbreitete das Stadtoberhaupt per Erklärung, dass seine Leipziger Agenda wie von Wunderhand abgearbeitet sei und dass es ihn auf einen Lobbyposten im Ostdeutschen Sparkassenverband ziehe. Das Dauergrinsen an der Spitze der Verbandspyramide wird mit einer runden halben Million Euro im Jahr vergütet. Was um alles in der Welt zog den Oberbürgermeister auf diesen Posten? Das Geld – auch wenn willfährige Deuter des sonderbaren Karriere-Abzweigs verdruckste Erklärungen nachzureichen versuchten, es müsse einem Sechzigjährigen gestattet sein, ein Finale seines Berufslebens auf einem bequemen Verbandsposten anzustreben. Vielleicht stimmt das ja formal, nur wollte in diesem Fall kein Schauspieler zu einem besseren Engagement und kein Trainer zu einer höherklassigen Mannschaft, sondern ein demokratisch gewählter Amtsträger mitten aus seiner Verantwortungsstellung heraus an eine üppigere Geldquelle.

Jung war viel im Sommer unterwegs, um genügend Unterstützer für seine Sparkassen-Karriere zusammenzutrommeln. Den Riegel der sächsischen CDU-Landräte konnte er allerdings nicht knacken. So bleibt er in seinem Amtssessel sitzen, der ihm doch – siehe die Erklärung von Anfang Mai – unbequem geworden war. Hat sich also die Rückversicherei gelohnt? Für die Person des OBM vielleicht, für die Stadt überhaupt nicht. Jung muss in den eineinhalb Jahren

bis zur nun wieder turnusmäßigen OBM-Wahl in Leipzig all die Kisten stemmen, die ihm zu groß und zu lästig geworden waren. Es geht um den erforderlichen Schulhausbau unter Termindruck und um die Zukunft des bezahlbaren Wohnens in dieser Stadt. Es geht um den Stadtkonzern LVV und um die Frage, wie sehr er kommunale Hilfstuppe oder souverän wirtschaftender unternehmerischer Verbund ist. Darin eingebettet ist gleich noch die Herausforderung, eine kalkulierbar Perspektive für die Finanzierung des ÖPNV zu entwickeln, um der lähmend mahlenden jährlichen Tarifs Spirale zu entrinnen.

Die wachsende Stadt ist eben keine automatisch wachsende Stadt. Fast scheint es so, dass nichts im Augenblick so willkommen ist wie die Bremsspuren des ungestümen Wachstumstrends. Seitdem Burkhard Jung nach den wolkigen Träumen vom Sparkassen-Olymp wieder die anstrengend harte Erdung der Leipziger Kommunalpolitik erfahren hat, lässt er jedenfalls keine Gelegenheit aus, um plötzlich und unverhofft die Vorteile eines gedämpften Wachstums zu preisen.

Und die Leipzigerinnen und Leipziger? Dass sie mitten in der Legislaturperiode fast von ihrem OBM wegen seiner eigensinnigen Ambitionen verlassen worden wären, hat der politisch wache Teil der Öffentlichkeit durchaus mit Unmut diskutiert. Einen nicht geringen Teil der Bürgerschaft hat dieser unerträgliche Schwebestand und das flüchtige Adieu jedoch wenig gekümmert, und dies ist kein gutes Zeichen für den sozialen Zusammenhalt und den innigen Wunsch des Beteiligt-Seins an der Entwicklung des Gemeinwesens. Nach acht Jahren Lehmann-Grube und siegen Jahren Tiefensee werden 2020 vierzehn Jahre Jung an der Stadtspitze vergangen sein. Doch mit dehnbaren Formulierungen lässt der OBM schon wieder den Nebel wallen, dass er sich plötzlich ein Verbleiben auf dem Posten vorstellen könnte, den er ohne Vorwarnung selbst seiner eigenen Partei längst schon schnöde verlassen wollte. Anhänger wie Gegner sollten Burkhard Jung unmissverständlich zu verstehen geben, was sie von solcher Sprunghaftigkeit und mangelnder Verlässlichkeit halten. Seit der Sparkassenverband dem OBM gezeigt hat, dass er auf ihn verzichten kann, hat in Leipzig eine neue politische Zeitrechnung begonnen.

Cornelius Luckner

Mode als Waffe

Lana Shuganova im LNS-Interview

Sie betreiben ein junges Mode- und Design-Start-up in Berlin. War Leipzig keine Option?

Nach meinem Umzug nach Deutschland ist Berlin zu meiner neuen Heimat geworden. Somit war Leipzig leider nie eine Option für mich. Obwohl ich die Atmosphäre in Leipzig sehr schätze, spiegelt Berlin für mich, wie

meinen Augen kann es einer Stadt nur gut tun.

Mode und Design ist auch eine Frage der Kultur und spiegelt Epochen, Macht und Gesellschaftsordnungen wider. Wie politisch ist Deine Mode?



Designerin Lana Shuganova im Gespräch

keine andere deutsche Stadt, ein multikulturelles Gefühl von Freiheit, welches mich bei meiner Arbeit inspiriert. Zudem ist Berlin die deutsche Fashion- und Start-Up-Stadt schlechthin. Mit der Berliner Fashion Week und auch anderen Mode-Initiativen haben junge Designerinnen und Designer immer wieder die Chance auf sich aufmerksam zu machen. Dennoch ist der Berliner Fashion Start-Up-Markt hart umkämpft, bietet jedoch immer die Möglichkeit schnell enge und nachhaltige Kontakte zu anderen Designern, Stylisten, Fotografen, usw. zu knüpfen. Nichtsdestotrotz ist Leipzig für mich irgendwie wie das kleine Berlin. Viele Kreative aus der ganzen Welt zieht es dorthin. In

Meine Mode war und ist nie politisch motiviert. Im Gegensatz zur Politik, hat Mode für mich keine Grenzen, keine Zwänge, keine Mauern oder gezielte Meinungs-mache. »Es gibt nur eine einzige Person auf der Welt die genau weiß was du brauchst. Diese Person bist du selbst.« – nach diesem Motto gründete ich das Berliner Designlabel SOOFRE. Der Name steht für »Sort of Revolution« und wir vertreten ein Konzept, welches es Kundinnen weltweit ermöglicht, sich exklusiv ihre perfekte Tasche zu designen. Frei von jeden Zwängen und mit der Kraft der eigenen Kreativität zum eigenen Design, denn in jedem Menschen steckt ein Gestalter, der so sein eigenes Design, seine eigene Marke und

seine Zukunft kreieren kann. Obwohl ich in Weißrussland aufgewachsen bin, haben mich meine Eltern sehr multikulturell und weltöfen erzogen. Wenn ich jetzt so auf die europäische Politiklandschaft schaue, wünsche ich mir etwas von dieser Weltoffenheit in dem einen oder anderen Politiker-Kopf.

Früher in der DDR hieß es »Kunst ist Waffe« (Friedrich Wolf). Kann Mode heute noch überhaupt Waffe sein und wenn gegen was oder wen? Gegen Konventionen? Gegen Vorurteile? Selbstverständlich kann Mode als Waffe eingesetzt werden. Eine Waffe gegen Hungerlöhne, Kinderarbeit und jegliche Art der Ausbeutung. Eine Waffe gegen Rassismus, Unterdrückung und Umweltzerstörung. Eine Waffe gegen... diese Liste könnte man ewig fortsetzen. Früher waren es bedeutende Persönlichkeiten wie eine Marlene Dietrich, eine Coco Chanel oder ein Yves Saint Laurent, die Moderevolutionen ohne Gewalt auslösen. Heute sehe ich große Konzerne in der Pflicht. Diese müssen nachhaltiger und fairer in ihrem Handeln werden, denn im Gegensatz zu kleinen Fashion Start-Ups wie wir es sind, haben sie die Möglichkeiten und die Macht etwas schneller und wirksamer in dieser Welt zu bewegen. Bei allen unseren Produkten achten wir sehr darauf, dass die Arbeitsbedingungen stimmen und jede Person, die an der Herstellung beteiligt ist, mehr als fair bezahlt wird. Auch deshalb haben wir uns bei SOOFRE bewusst gegen die Massenproduktion in Asien entschieden und kalkulieren dementsprechend unsere Preise.

Bekommen die Start-Ups auch die Gentrifizierung zu spüren?

Ich denke, dass die Gentrifizierung zum Teil auch von gehypten und von Investoren mit Geld überschütteten Start-Ups mitgestaltet wurde. Schicke Büros in angesagten Stadtbezirken kommen nicht von ungefähr. Und wer muss dem weichen? Natürlich ist es die dort ansässige Bevölkerung. Als junges und Inhabergeführtes Start-Up ohne Investoren-Background, kannst du es dir mittlerweile auch nicht mehr leisten ein Ladengeschäft in einer vernünftigen Lage mit Laufkundschaft zu eröffnen. Pop-Up-Flächen mit einer Tagesmiete von mehreren hundert Euro sind an der Tagesordnung. Das ist leider die Realität in Berlin.

Vielen Dank und alles Gute!

Interview: Daniel Merbitz

Designer, Freunde und Team bei der Präsentation des Start-Ups im Rahmen der Fashion Week 2018 in Berlin

Fotos Daniel Merbitz



Mode macht Status

Was bedeutet Mode in der heutigen Gesellschaft? Prestige, soziales Ansehen, Laufstege, und magere Models, unterbezahlte Beschäftigte oder auch hohe Gewinne der Unternehmen?

In einer Welt in der die Fast-Fashion, schnelle Kollektionen, eine Globalisierung der Mode und multinationale Konzerne wie H&M, Zara, Primark den Massenmarkt mitbestimmen, findet eine immer größere Produktion und ein damit einhergehendes Absterben der Kreativität der Designer statt. Es gilt das Motto: Masse statt Klasse! Aber auch für textilfremde Anbieter wie Discounter und Supermärkte ist Kleidung ein einträgliches Geschäft. Die Journalistin und Aktivistin Tansy E. Hoskins, selbst modebewusst, beschreibt in ihrem 2015 vom Londoner Institute of Contemporary Arts zum Buch des Jahres gewählten Sachbuch die Modewelt.

Tansy E. Hoskins hat eine klare Haltung; »Mode ist ein Schlüssel für das Verständnis von Ideologien. Sie ist so stark mit Macht und Status verbunden, dass es ausreicht, die Kleidung zu wechseln, um jemanden aus der Unterschicht das Prestige der herrschenden Klasse zu verleihen.« Hopkins recherchierte umfassend Statistiken und Fakten zum Thema Mode in all seinen Facetten aus Konsum und Business, Umweltschutz und gefährlichen Schönheitsidealen. Das Buch zeigt dabei die Probleme, den immer stetig wachsenden Konsumbedarf der Menschen zu befriedigen. »Ich shoppe, also bin ich.« In zehn Kapiteln gewährt Hoskins einen Einblick in die Modeindustrie, wie man ihn sonst nicht bekommt. Sie hinterfragt die neue Zeit mit ihren Modebloggern genauso wie die käuflichen Modemagazine. Ist der Kunde heute noch König? Wie sieht es mit der Gewerkschaftsarbeit in Bangladesch aus? Die Luxusunternehmen wie Louis Vuitton und Chanel werden hinterfragt. Hoskins wirft einen Blick auf das gemeinschaftliche Produzieren und zeigt die Chancen und Risiken auf. Ein ergreifendes Buch, immer die Missstände einer Industrie betrachtend, ohne jedoch den Spaß an der Mode zu verderben.

Lavinia Hudson

Hoskins, Tansy E.: Das antikapitalistische Buch der Mode. Rotpunktverlag Zürich 2016. 300 Seiten. 24,00 Euro. ISBN 978-3-85869-705-9



Auszug aus »Das antikapitalistische Buch der Mode« von Tansy E. Hoskins

»Ignoriert man soziale Umstände, könnte man meinen, dass das Tragen »schlechter« Kleidung ein Indiz dafür sei, dass man »aufgegeben« habe. In diesem Fall vergisst man jedoch den Einfluss der Faktoren Gender und Klasse sowie der Wirtschaftskrisen, die Armut begünstigen und Menschen an einem selbstbestimmten Leben hindern. Engels wies bereits 1844 darauf hin, dass wirtschaftliche Umstände nicht durch Arbeitsbereitschaft, Sparsamkeit oder Durchhaltevermögen wettgemacht werden können – und auch nicht durch schöne Kleidung. Ohne den Klassenaspekt gäbe es jedoch nicht die Modeindustrie, wie wir sie heute kennen. Kleidung ist für wohlhabende Menschen ein wichtiger Weg, ihren Reichtum zu zeigen und zu reproduzieren. Haben die Massen Zugang zu ihrer elitären Kleidung (oder nähern sie

sich ihr an), suchen sie sich etwas anderes, um allen anderen weiterhin einen Schritt voraus zu sein. Ein Beispiel dafür ist Burberry, dessen elitärer Ruf eine Zeit lang litt, als die Marke temporär zu einem Favoriten der Unterschicht wurde. Burberry hatte hundertfach Lizenzen für die auffälligen Karomuster vergeben und die exklusive Marke, die zudem oft gefälscht wurde, war auf einmal ein Massenprodukt. Es gab Schals, Regenschirme, Handtaschen und sogar Hundemäntelchen, und in den Fußgängerzonen wimmelte es von Burberry, bis Chefdesigner Christopher Bailey das Ruder herumriss und den Einsatz des Karos auf 5 Prozent begrenzte.«

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Rotpunktverlages Zürich!